Ausgabe AEG-Telefunken Nr. 20 18. MAI 71

KOMMUNISTISCHE ARBEITERPRESSE

BETRIEBSZEITUNG DER KPD-AUFBAUORGANISATION

Zulagenkürzung statt Lohnerhöhung

Geschlossen dem Lohnraub entgegentreten

Ab 1.4.1971 gelten neue Tariflöhne für die Lohngruppen 0 bis 4:

Lohngruppen	0	1	2	3	4
bisher	3,62	3,74	3,91	4,15	4,49
jetzt	3,74	3,86	4,06	4,25	4,54
Tariflohn-erhöhung	12 Pf.	12 Pf.	15 Pf.	10 Pf.	5 Pf.

Kollegen, die im Zeitlohn arbeiten, haben nach und nach, spätestens jedoch durch ihre Bruttolohnabrechnung erfahren müssen, daß sie diese Pfennige keineswegs auch tatsächlich ausgezahlt bekommen haben. In der AEG Brunnenstraße z.B. wurden einfach die Ausgleichszulagen gekürzt oder ganz gestrichen. Für diese Kollegen wirkt sich die Lohnerhöhung entweder gar nicht oder nur ganz minimal aus.

- **Wo die Ausgleichszulage niedriger war als die Tariflohnerhöhung, wurde sie ganz gestrichen, so daß nur wenige Pfennige mehr übrigbleiben.**
- **Wo die Ausgleichszulage höher war, wurde sie um eben den Betrag der Tariflohnerhöhung gekürzt, so daß der tatsächlich gezahlte Lohn um keinen Pfennig erhöht wurde.**

In der AEG Brunnenstraße erkannten meistens nur die direkt davon betroffenen Kollegen, mit welchen Tricks sie um die Tariflohnerhöhung gebracht werden sollen. Der Betriebsrat und die meisten Vertrauensleute taten so, als hätten sie von nichts gewußt. Ein einzelner Kollege kann sich aber gegen solche Machenschaften nicht wehren. Diesem Anschlag auf die Löhne gerade der schwächsten Gruppen, d.h. der deutschen und ausländischen Frauen muß die gesamte Belegschaft entgegentreten.

Ein geschlossenes Auftreten der ganzen Belegschaft eines Betriebs oder das gemeinsame Vorgehen verschiedener Betriebe wird jedoch erst möglich, wenn die Vertrauensleutekörper sich selbst alle Informationen verschaffen und dann alle Kollegen informieren und zu einer entschiedenen Abwehraktion organisieren. Denn die Kapitalisten versuchen immer wieder auf ihr 'bewährtes' Mittel der Spaltung zurückzugreifen, indem sie ihre Angriffe auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Kollegen nicht gleichzeitig gegen die gesamte Belegschaft, sondern jeweils nur nacheinander gegen Einzelne oder kleinere Teile der Belegschaft richten.

Überall dort, wo die AEG-Kapitalisten bei diesem Lohnraub zu offen vorgingen, kam es - wie Anfang November in der Brunnenstraße mit dem Versuch der Lohngruppenherabstufung - zu geschlossenen Abwehraktionen der Belegschaft. In der Brunnenstraße konnte dieser Anschlag der Kapitalisten größtenteils zurückgewiesen werden.

Aber weit mehr Versuche der Kapitalisten die Löhne zu kürzen, waren erfolgreich:

Zulagenkürzung im R2 Bereich (Schwedenstraße und Quickbornerstraße), Lohngruppenherabstufung bei den Frauen, die von der Schwedenstraße ins Märkische Viertel versetzt wurden (zum Teil von Lohngruppe III auf I), Lohngruppenherabstufung bei den Frauen in der Sickingenstraße und Lohnkürzung von 12 Pfennig bei dreißig Frauen in der Sickingenstraße, die nicht von der Kurzarbeit betroffen waren. Auch in der Brunnenstraße gibt es ständige Versuche, einzelnen Kollegen die Löhne zu kürzen.

Die Akkordarbeiter, die von der jetzigen Zulagenkürzung nicht betroffen sind, haben keinen Grund, sich in Sicherheit zu wiegen. Denn die Kapitalisten haben noch genügend andere Mittel: In der Sickingenstraße z.B. werden gerade die meisten Akkordarbeiten neu gestoppt und kalkuliert. Auch diese Verschärfung der Arbeitshetze bedeutet schließlich eine faktische Lohnkürzung für die Akkordarbeiter.

Die Kapitalisten werden bei ihren Angriffen auf die Löhne und Lebensbedingungen der Kollegen so lange Erfolg haben, wie sich die Kollegen einzeln diesen Maßnahmen gegenübersehen, wie Gewerkschaftsführung und arbeiterverräterische Betriebsräte das Spiel der Kapitalisten mitmachen.

1.4.71 TARIHINDEN ITIBAREN 0 DAN 4e KADAR DAN ÜCRET GURUPLARI IÇIN YENI ÜCRETLER YÜRÜRLÜGE GIRMIŞTIR.

SKRAĆIVANJE DOPLATKA UMESTO POVIŠICE PLATE .

Nur wenn die Vertrauensleute sich entschließen, ob mit oder ohne Betriebsrat, die Interessen der Kollegen kämpferisch zu vertreten und sie zum gemeinsamen Abwehrkampf gegen die Übergriffe der Kapitalisten zu organisieren, kann der Lohnraub verhindert werden.

Daß auch die Kapitalisten sich nicht ohne weiteres zutrauen, Zulagenkürzungen auch bei einer als kämpferisch bekannten Belegschaft vorzunehmen, zeigt das Beispiel der KWU: In der KWU wirkt sich die Tariflohnerhöhung für alle Kollegen voll aus.

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Die Kampfbereitschaft der Kollegen der KWU ist der AEG-Konzernleitung und den Gewerkschaftsbossen genau bekannt. Sie wissen, daß sich diese Kollegen schon in vielen Fällen einheitlich gegen die Übergriffe der Kapitalisten zur Wehr gesetzt haben und durch Streiks und andere Maßnahmen ihre Interessen erfolgreich vertreten haben.

WO SIND DIE 'GROSSEN ERFOLGE' DER LETZTEN TARIFVERHANDLUNGEN DER IG METALL?

Die Gewerkschaftsführung hat nicht die geringsten Schritte unternommen, um die Zulagenkürzungen, die die Kapitalisten im Anschluß an die Tarifverhandlungen überall durchgeführt haben, zu verhindern. Im Gegenteil sie haben sich mit einer sogenannten kostenneutralen Regelung faktisch einverstanden erklärt.

Nach dem Abschluß der Tarifverhandlungen im Oktober wies der Ortsvorstand der IG Metall stolz daraufhin, daß 'der entscheidende Fortschritt, den der Tarifvertrag bringe, die Änderung des Lohngruppenschlüssels' sei. (vgl. Metall Nr. 21/70)

Nachdem die Gewerkschaftsspitze vor den Kapitalisten in der zentralen Frage der Lohnerhöhungen und der Angleichung an Westdeutschland kapituliert hatte, versuchte sie uns weiszumachen, daß es 'in dieser Tarifrunde besonders um die Veränderung der Tarifstruktur' gegangen sei.

Kollegen, wie sah das konkrete Verhandlungsergebnis aus?

Statt der großmäulig geforderten 15 % kamen die IG Metall Unterhändler mit 10 % nach Hause. Von der Lohnangleichung an Westdeutschland war nach den Verhandlungen keine Rede mehr. Die Tariflohnerhöhung blieb weit hinter den Mindestforderungen zurück, die der Arbeiterklasse durch Preisauftrieb und verschärfte Ausbeutung diktiert waren.

Und was brachte uns die so hochgepriesene Veränderung der Tarifstruktur ?

Statt die völlige Abschaffung der Leichtlohngruppen 01 und 02 durchzusetzen, gaben sich die IG Metall Vertreter mit deren Zusammenlegung zur Lohngruppe 0 zufrieden; Durch die Änderung des Lohngruppenschlüssels sollte eine allgemeine Angleichung der unteren Lohngruppen an den Ecklohn erfolgen. Auf dem Papier wurde dies auch ansatzweise erreicht.

Diese Regelung sollte jedoch 'kostenneutral' durchgeführt werden, das heißt: bestehende Zulagen konnten auf die Tariflohnerhöhung angerechnet werden, so daß im Endeffekt kaum ein Pfennig mehr tatsächlich ausgezahlt werden muß.

Die AEG-Kapitalisten bewegen sich also bei ihren jetzigen Zulagenkürzungen durchaus im Rahmen der tariflichen Abmachungen. Das zeigt nicht nur deutlich die Unfähigkeit der Gewerkschaftsführung, die Lage der Arbeiterklasse durch Tarifverhandlungen entscheidend zu verbessern, sondern auch die völlige Kapitulation der Gewerkschaftsführung vor den Angriffen der Kapitalisten auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse.

Kollegen, der Kampf gegen die Kapitalisten für unsere Interessen erfordert deshalb auch einen Kampf in den Gewerkschaften. Nur der enge Zusammenschluß aller fortschrittlichen und aktiven Kollegen und Vertrauensleute zwingt die Gewerkschaftsführung, unsere Forderungen zu vertreten und zwingt die Kapitalisten, sie zu erfüllen.

Bilden wir eine starke Einheitsfront der Belegschaft gegen die Kapitalisten und Kapitulanten.

Fordern wir:

RÜCKNAHME DER ZULAGENSTREICHUNG!
VOLLE AUSWIRKUNG DER TARIFLOHNERHÖHUNG FÜR DIE UNTEREN LOHNGRUPPEN!
SCHLUSS MIT DEN LOHNGRUPPENHERABSTUFUNGEN!
SCHLUSS MIT DER KÜRZUNG DER VORGABEZEITEN!

BESTELLSCHEIN
Ich bestelle ab ....die 3-wöchentlich erscheinende
KOMMUNISTISCHE ARBEITERPRESSE Ausgabe
AEG-Telefunken zum 1/4 jährlichen
Abonnementspreis von DM 1.60
Bestellungen sind zu richten an:
Rote Fahne Verlag 1 Bln 19, Schillerstr. 35
Postscheckamt Bln-West, Nr. 27 66 31
Kontobezeichnung: Reinhard Pfriem
Name...
Wohnort......................................
Straße.......................................
Beruf..
Datum/Unterschrift...........................

Kontaktadresse
KPD-AUFBAUORGANISATION
Tel.: 883 34 23 (vorübergehend)
Dienstag-Freitag 17-19 Uhr

Verantwortlich: Reinhard Pfriem, 1 Bln-12, Schillerstr. 35
Druck im Selbstverlag

Skraćivanje doplatka umesto povišice plate

Da se zajedničko suprotstavimo grabežu plate!

1 - og IV-og nastupile su na snagu nove tarife za grupe 0 do 4:

Lohngruppen	0	1	2	3	4
bisher	3.62	3.74	3.91	4.15	4.49
jetzt	3.74	3.86	4.06	4.25	4.54
Tariflohn-erhöhung	12 Pf.	12 Pf	15 Pf	10 Pf	5 Pf

Lako po laku, najkasnije pri primanju bruto-obračuna morali su saznati oni kolege, koji polučavaju platu po vremenu (Zeitlohn), da se njima realno ne isplaćuje nikakva povišica. Kod AEG-a u Brunnenštrasi jednostavno su skraćeni ili posve ukidani doplaci. Za ove kolege nova povišica plate ima samo deklarativno značenje.



- Gde je bivši doplatak bio manji od tarifne povišice, tamo su ga posve oduzeli, s rezultatom, da ostaju samo nekoliko feninga.
- A gde je bivši doplatak bio veći, tamo su ga skratili za iznos povišice, tako da se stvarna plata nije nikako povećala.

U AEG-Brunnenštrase razabrali su ovaj trik samo oni kolege, kojih se to neposredno taknulo, dok se radnički savet i većina poverenika prave kao da ništa ne znaju o tome. Pojedinac doduše nemoćan je protiv takvih spletaka, takvomu napadaju na plate najslabijih grupa, t.j. inostranih i nemačkih žena, moraju se zajedničko suprotstaviti s v i radnici.

Zajedničke akcije svih radnika jednog preduzeća ili čak više preduzeća biću moguće samo onda, ako si poverenici sami nabave sve informacije da bi posle informisali kolege i organizirali zajednički otpor. Kapitalisti uvek iznova se služe sredstvom rascepanja radničke klase: nikada ne napadaju plate svih radnika najedamput nego uvek uzastopce plate pojedinaca ili manjih grupa radnika jednog preduzeća.

Svuda gde su kapitalisti otvoreno postupali na grabež plate, došlo je do solidarnih akcija otpora. Početkom novembra prošle godine odbili su radnice u Brunnenštrasi pokušaj kapitalista da uvrste radnike u niže tarifne grupe.

Doduše, mnogo više pokušaja kapitalista bili su uspješni: Skraćivanje doplataka u B-2 odeljenja (Šwedeštrase, Quickbornerštrase), niže tarifne grupe (od 3 na 0!) za žene, koje su bile prebacane iz Švedenštrase u Märkišes Viertel, isto se dogodilo ženama u Sickingenštrase, i da ne govorimo o direktnom skraćivanju plate (12 feninga) tridesetorice, koje nisu dobile kurcarbeit. U Brunnenštrase stalno pokušavaju da skrate plate pojedinaca.

Situacija akordnih radnika, kojima dosad nisu još skratili doplatak, nije mnogo sigurnija. Kapitalisti imadu dosta sredstava, baš u ovom trenutku dadu izmeriti i ponovo kalkulirati gotovo sve akordne radove. Povećana brzina rada faktično znači skraćivanje plate akordaca.

Napadaji kapitalista na plate i životne uvete kolega imaće uspeh dokle se radnici ne organiziraju i nadalje dopuste da predsedništvo sindikata i izdajnički poverenici suradjuju kapitalistima. Samo ako poverenici budu odlučni da zastupe interese koleya - pomoću radničkog saveta ili bez njega borbeno, te organiziraju radnike za zajedničku otpornu borbu protiv presezanja kapitalista, samo onda se može izbegati grabez plate.

1.4. 1971 TARİHİNDEN İTİBAREN 0 DAN 4e KADAR DAN ÜCRET GURUPLARI İÇİN YENİ ÜCRETLER YÜRÜRLÜĞE GİRMİSTİR :

Ücret gurupları	0	1	2	3	4
evvelce	3.62	3.74	3.91	4.15	4.49
simdi	3.74	3.86	4.06	4.25	4.54
ücret artisi (fenik)	12	12	15	10	5

Saat ücretiyle çalışan arkadaşlar aylık hesap pusulalarını aldıkları zaman farkına vardılarki, kendilerine vadedilen bu birkaç kuruşluk zam aslında hiçbirşekilde ellerine geçememektedir. Bunun sebebi de meselâ AEG Brunnenstr. de olduğu gibi simdiye kadar ödenen ek yörmiyelerin kısılması veya tamamen kaldırılmış olmasıdır.

Böylece bu arkadaşlar için göya arttırılmış olan ücretleri aslında ya hiç artmamış ya da çok az artmış bulunmaktadır.

- ek yörmiyeleri saat ücretlerine yapılan zamdan az olan arkadaş lar şimdi bu ek yörmiyeleri hiç alama maktadır lar. Böylelikle gelen zam aslında vaadedilendan çok daha düşük olmaktadir
- ek yörmiyeleri saat ücretlerine yapılan zamdan daha fazla olan arkadaşların ek yörmiyeleri ise ücretlere gelen zam kadar azaltılmıştır.

  Böylece bu arkadaşların eline geçen para ücretlerine göya tam geldiği halde aslında hiç artmamıştır.

AEG Brunnenstr. deki işçi arkadaşlar patronların kendilerine vadettikleri zammı vermemek için ne gibi dümeuler çevirdiklerinin farkına varmışlardır.

Aramızdan seçtigimiz işçi temsilcileri (Betriebsrat) ve bunlara yardıncı olan aramızdaki sözcüleri (Vertrauensleute) de sanki hiç birşeyden haberleri yokmuş gibi davran maktadırlar. Bu gibi oyunlara ise hiçbirimiz teker teker karşı çıkamayız. Alman ve yabancı kadın işçiler zaten en az yörmiyeleri almaktadırlar. Bu yetmezmiş gibi bir de çeşitli dümeulerle ücretler daha da azaltılmak istenmektedir. Bu zalimce davranışa bütün işçi arkadaşlar hepbirlikte topluca karşı çıkıp direnmelidir.

Şirketin çeşitli fabrikalarında çalışan emekçi arkadaşların hep birlikte karşı çıkmaları nasıl sağlanabilir? Bunun için önce aramızdaki sözcü arkadaşlar yani "Vertrauensleute" lerimiz bu oyunların nasıl tezgâhlandığını araştırmalı ve bu işlerin iç yüzünü bize açıklamalıdırlar. Bundan başka bütün işçi arkadaşların hepbirlikte karşı koymasını da sağlamaya girişmelidirler.

Kapitalist patronlar hevzaman olduğu gibi yine bizi bölmeye işçiyi işçiye düşürmeye gayret etmektedirler. Bizi birbirimize düşman etmeye çalışmaktadırlar. Bunun için de hepimize birlikte saldırmamakta önce en az gara alan yani en zayıf durumda olan kardeşlerimizin yörmiyelerine göz dikmektedirler.

Eğer arkadaşlar bu saldırıya kendi başlarına karşı çıkmaya çalışırlarsa ve eğer sendika ve işçilere ihanet eden "Betriebsrat" lar patronla ele verip çalışırlarsa bu kapitalist patronların önü alınamat.

Bu oyunlara son verilmesi için aramızdaki sözcü arkadaşlarımız "Betriebsrat" lara bakmayıp kapitalistlerin bu saldırılarına karşı mücadeleye girişmelidirler.

Arkadaşlar, haklı isteklerimizi kabul ettirmek için yalnızca kapitalist patronlarla savaşmak yetmez. Bizim çıkarlarımızı yeterince korumak istemeyen sendikayla da mücadele edilmelidir. Ancak bütün ilerici arkadaşlar ve işçi sözcüleri elele verirlerse haklarımızı koruyabiliriz.

Kapitalist patronlara ve aların aramızdaki yardakçılarına karşı birleşelim.

ISTEKLERIMIZ SUNLARDIR:

- **EK ÜCRETLERDE YAPILAN KISILMALAR KALDIRILMALIDIR.**
- **YÖRMIYELERE YAPILACAGI VADEDILEN ZAMLAR ÜCRETLERI DÜŞÜK OLAN IŞÇI ARKADAŞLARA AYNEN VERILMELIDIR.**
- **ARKADAŞLARIN DAHA DÜŞÜK ÜCRET GURUPLARINA GEÇIRILMESINE SON VERILMELIDIR.**
- **AKORT ÇALIŞMASINDAKI HIZIN DURMADAN ARTTIRILMASI ÖNLENMELIDIR.**

WACHSENDE IMPERIALISTISCHE TÄTIGKEIT DES AEG-KONZERNS

Abbau der Unterhaltungselektronik in Westdeutschland und Westberlin!

In Hannover und Celle müssen vom 17. Mai bis zum 11. Juni 2000 Kolleginnen und Kollegen kurzarbeiten. Die Werke in Kassel-Waldau und Osterode werden völlig dichtgemacht. Hier in Westberlin müssen die Kollegen jeden Tag fürchten, daß die Firmenleitung offiziell macht, was als Drohung für die Werke Quickborner- und Schwedenstraße schon lange bekannt ist: nicht nur erneute Kurzarbeit, weitere Entlassungen — sondern Schließung der beiden Werke überhaupt.

Zwar hat die Geschäftsleitung auf der letzten Betriebsversammlung behauptet, daß die Aussichten nur bei den Batteriespulgeräten schlecht seien. Aber jeder Kollege weiß, daß das nicht stimmt! Jeder Kollege weiß auch, daß es nichts anderes sind als Beruhigungspillen, wenn die Geschäftsleitung auf der Betriebsversammlung weiter erklärt hat: 'Unser oberstes Ziel ist die Vollbeschäftigung' und 'Mit Entlassungen ist in nächster Zeit nicht zu rechnen

Daß der Abbau der Unterhaltungselektronik in Westdeutschland, genau so wie in Westberlin kein Zufall ist, kein 'unternehmerisches Mißgeschick' der Firmenleitung, das hat der Konzernführer Groebe jetzt allen, die es hören wollten, deutlich auf der Pressekonferenz zur Vorlage des Geschäftsberichts 1970 , am 6. Mai in Frankfurt , gesagt: 'Unpopuläre Maßnahmen' sind in diesem Bereich (und auch bei Bauelementen) in Zukunft 'unvermeidlich
Zu den schon bis heute vorgenommenen Maßnahmen von Kurzarbeit und Massenentlassungen bedurfte es - nach Meinung der Konzernführer - nicht der Ankündigung. Man kann sich vorstellen, was in den nächsten Monaten auf die Kollegen zukommt, wenn Groebe Kurzarbeit und Entlassungen jetzt offiziell propagiert. Daß all das für die Aktionäre kein Grund zur Unruhe zu sein braucht, machte die Konzerleitung dabei klar: Die Dividende für das vergangene Geschäftsjahr 1970 wird keineswegs unter der vorherigen liegen — 16 Prozent.

Das Mittel? Den Konzernführer Groebe stört weder die zunehmende Geldentwertung noch die "besondere Verantwortung der Unternehmer in der Preispolitik", an die die Gewerkschaftsführer immer appellieren: "Wir werden die eigenen Preise heraufsetzen, wo immer wir können. Im 1.Quartal 1971 ist uns dies mit durchschnittlich 3 % gelungen. Wir sind dazu verpflichtet, um die Gruppe lebensfähig zu erhalten. Schließlich fühlen wir uns nicht nur unseren Arbeitnehmern, sondern auch den Aktionären gegenüber verantwortlich. Die IG Metall wird dies eines Tages auch begreifen müssen."(zitiert im Kapitalistenorgan Handelsblatt, 7./8. Mai 1971)

DAS ZIEL: VERMEHRTE EXTRAPROFITE !

Kurzarbeit, Entlassungen und Stillegungen bedeuten aber keineswegs, daß der AEG-Telefunken-Konzern die Unterhaltungselektronik überhaupt dichtmachen will. Dichtgemacht wird nur in Westdeutschland und Westberlin. Wo und wie weiter produziert wird, was das Ziel der ganzen Schließungen ist, hat der Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI) am 10. und 11.Mai in Frankfurt auf seinem "Kolloquium über Auslandsinvestitionen" verkündet: Etappenziel der Elektrokonzerne soll sein, daß die ausländischen Unternehmenstöchter mindestens ebenso viel produzieren wie sie selbst exportieren. Denn: "Der Zwang nimmt zu, für besonders lohnintensive Erzeugnisse die Kostenvorteile einer Auslandsfertigung zu nutzen."
Das heißt: Verstärkter Aufbau von Produktionsstätten in Ländern wie Griechenland, Spanien und Mexiko, wo faschistische Diktaturen dafür sorgen, daß alle Widerstandsaktionen der arbeitenden Massen mit brutalster Gewalt im Keim erstickt werden, so daß sich der Profithunger der großen Konzerne vollauf befriedigen kann.
Der AEG-Konzern ist ein besonders gelehriger Schüler des ZVEI. Während er in Westdeutschland und Westberlin Produktionsstillegungen verstärkt, in direkter Form (Kassel und Osterode) oder in indirekter Form (Westberlin, Hannover Celle - denn Kurzarbeit ist aufgeschobene Stillegung), weitet er seine Produktion gerade in solchen "Niedriglohnländern" - Mexiko, Spanien, Griechenland - kräftig aus.
Mit produktiver Arbeit hat schon heute das, was die Kollegen tun müssen, in vielen Fällen nichts mehr zu tun: so werden im R2 Bereich bei einem Kassettenrecorder nur noch die Gehäuse über die importierten Geräte gestülpt. Bei den beiden anderen, die der AEG-Konzern herstellt, wird dasselbe ab Herbst diesen Jahres der Fall sein, wenn diese Typen auslaufen. Das Beispiel gilt für alle Billiggeräte. Nur bei den qualitativ besseren Hi-fi-Geräten ist die AEG-Telefunken heute auch mit hiesiger Produktion gerade noch konkurrenzfähig, das heißt: die Durchsetzung der eigenen höheren Preise noch möglich.

Nordmende und Loewe-Opta waren gegenüber der japanischen Konkurrenz zu schwach: sie haben ihre Tonbandproduktion bereits eingestellt.
AEG-Telefunken fühlt sich stark genug: nachdem seit vielen Jahren immer nur dieselben Tonbandgeräte mit anderen Drehknöpfen und ähnlichen "Neuerungen hergestellt wurden, diese Produktionsweise heute aber nicht mehr konkurrenzfähig ist, wird jetzt die Konsequenz gezogen. Stillegungen im Inland, neue Produktionsstätten in den "Niedriglohnländern". Andere Unternehmen machen dasselbe.

So hat Bosch die Kollegen in Wilmersdorf 4 Monate lang kurzarbeiten lassen, in der Zwischenzeit neue Produktionsstätten errichtet - auf der von Chiang Kai-chek besetzten Insel Taiwan wo der Stundenlohn durchschnittlich 57 Pfennige beträgt!

Die zunehmende imperialistische Tätigkeit bei den westdeutschen und westberliner Konzernen ist also fester Bestandteil der langfristigen Unternehmensplanung. Auch die rapide Zunahme von Kurzarbeit, Entlassungen und Schließungen in Westdeutschland und Westberlin ist damit ebenso festes Kalkül.

Was tun die Gewerkschaftsführer dagegen ?

Der DGB-Kreisvorstand Kassel gibt ein typisches Beispiel. Seine Stellungnahme zur Schließung des Waldauer Werks: " Bestürzend! Fehlentscheidungen der Konzernleitung!" Das ist alles, was die Gewerkschaftsbonzen dazu zu sagen haben: die Kollegen noch glauben machen wollen, bei besserer Planung des Managements sei eine arbeiterfreundliche Unternehmenspolitik möglich!

Der DGB-Vorstand Kassel fordert qualifizierte Mitbestimmung. Wem hilft das? Hat die Mitbestimmung verhindert, daß die

FORTSETZUNG AUF S.6

Für die einheitliche Kampffront

Über 10 000 Kollegen und Genossen folgten dem Aufruf des Gewerkschaftlichen Maikomitees zur 1.Mai Demonstration im Wedding.

Die diesjährige Demonstration stand unter den Hauptparolen:

KAMPF DEM ARBEITERFEINDLICHEN BETRIEBSVERFASSUNGSGESETZ !

GEGEN MITBESTIMMUNGSILLUSIONEN DER DGB– UND SEW–SPITZE !

KAMPF GEGEN LOHNABBAU UND PREISTREIBEREI !

Die Demonstration führte durch die Arbeiterviertel Moabit und Wedding, vorbei an dem Weddinger Sanierungsgebiet. Den Handlangerdiensten des SPD–Senats für Bodenspekulanten und Hausbesitzer wurde hier die Forderung:

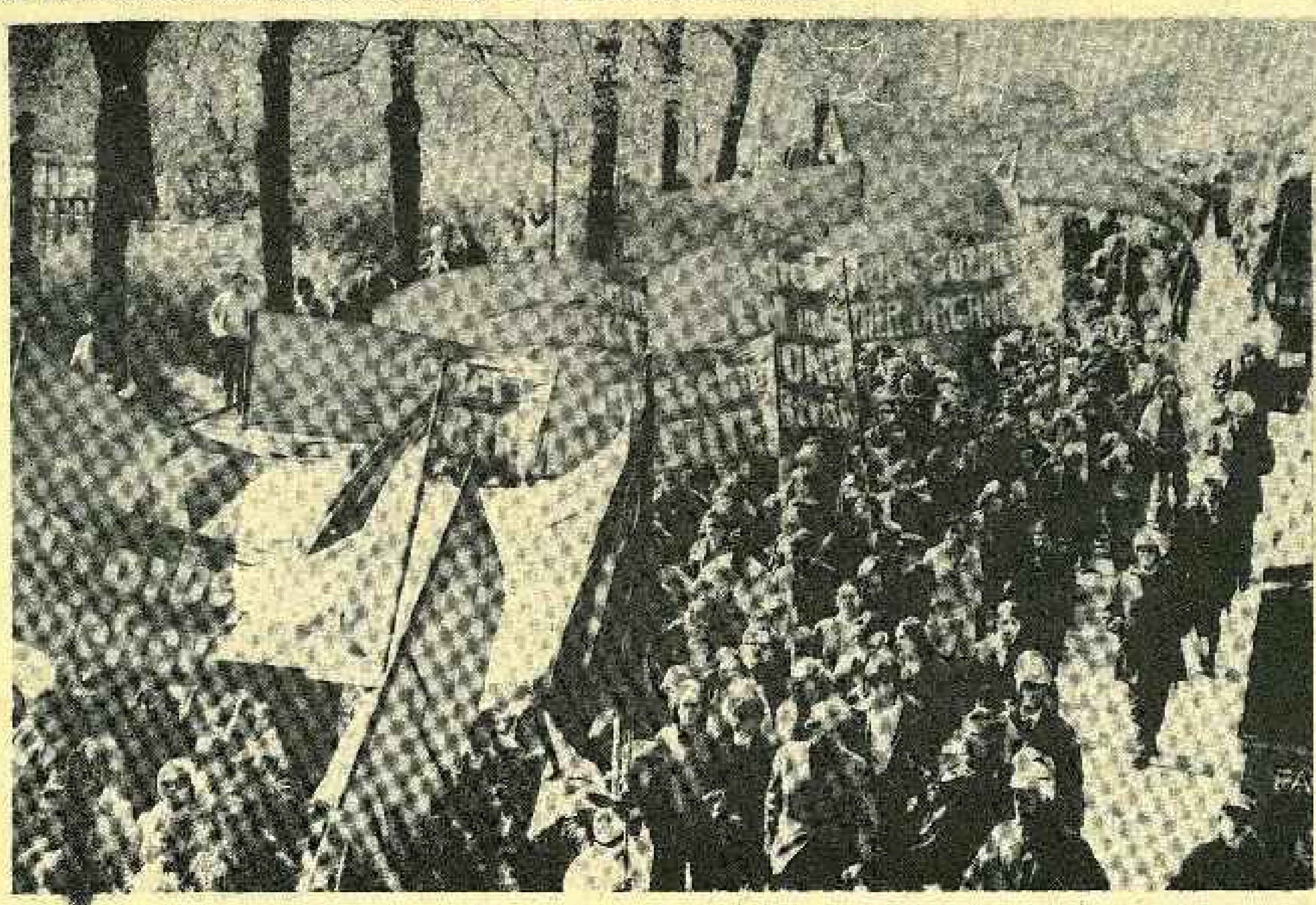


WEG MIT BODENSPEKULATION UND MIETWUCHER – FÜR PLANMÄSSIGEN NEUBAU BILLIGER WOHNUNGEN ! entgegengestellt.

Der Zug ging durch Straßen, wo besonders viele ausländische Kollegen wohnen. Gerade in diesem Gebiet reihten sich immer wieder zahlreiche deutsche und ausländische Kollegen ein. Sie demonstrierten ihre Entschlossenheit, für die Einheit der Arbeiterklasse zu kämpfen unter den Forderungen:

GLEICHER LOHN FÜR MÄNNER UND FRAUEN !
GLEICHER LOHN FÜR WESTDEUTSCHE UND WESTBERLINER ARBEITER !
GLEICHER LOHN FÜR DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER !

Die geschlossene Durchführung dieser Demonstration machte die Hoffnung der DGB–Spitze zunichte, die fortschrittlichen und klassenbewußten Kollegen weiterhin durch antikommunistische Hetze davon abhalten zu können, zusammen mit den Kommunisten in den Gewerkschaften ihre Kollegen zum Kampf für ihre Interessen aufzurufen.



der Arbeiterklasse!

JUGENDVERANSTALTUNG DES GEWERKSCHAFTLICHEN MAIKOMITEES

300 bis 400 Lehrlinge und Jungarbeiter besuchten die Jugendveranstaltung des 1.Maikomitees am 23.4.71. Das Kollektiv der Schaubühne spielte Szenen aus "Die Mutter" von Brecht/Gorki, in denen der Kampf der russischen Arbeiterklasse, das Scheitern reformistischer Illusionen und die Notwendigkeit des organisierten Sturzes der kapitalistischen Herrschaft gezeigt wurde. Lehrlinge und Jungarbeiter berichteten von der Ausbeutung und Unterdrückung der Lehrlinge im Handwerk und in den Großbetrieben.

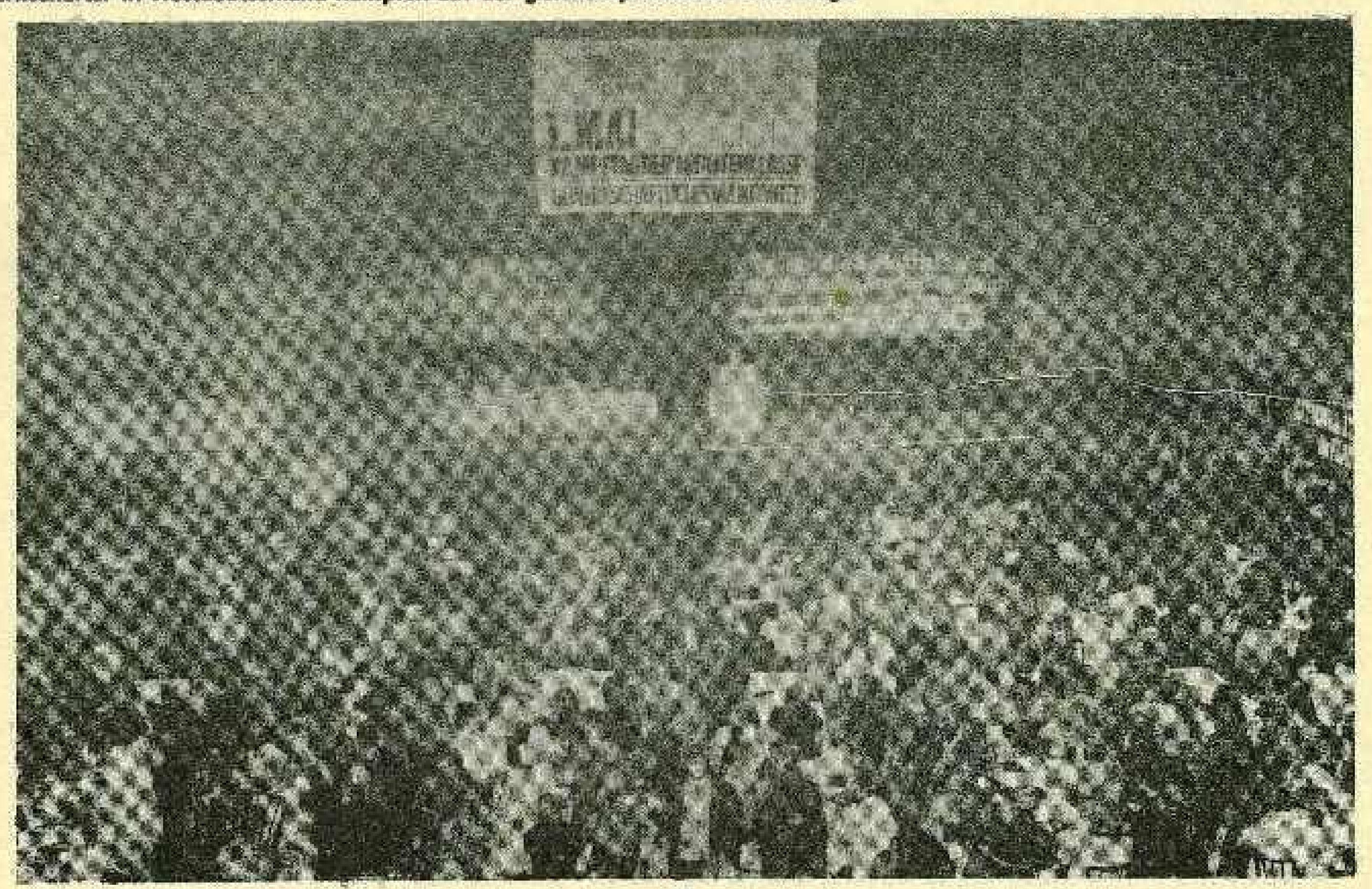


In der Diskussion wurden die Forderungen: **EXISTENZLOHN FÜR LEHRLINGE, HEUTE 500 DM ; STREIKRECHT FÜR LEHRLINGE** und **KÜNDIGUNGSSCHUTZ FÜR JUGENVERTRETER** begründet.

Die versammelten Kollegen waren sich einig, den Kampf für die Forderungen der Lehrlinge und gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz auch nach dem 1.Mai im Rahmen der revolutionären Gewerkschaftsarbeit fortzusetzen.

GROSSVERANSTALTUNG IN DER HASENHEIDE

Die Großveranstaltung des gewerkschaftlichen Maikomitees am 27.April war eine Demonstration der Einigkeit und Geschlossenheit der mehr als 2 000 anwesenden Kollegen und Genossen. Die Linie des 1.Maikomitees, entschlossen am Kampf gegen Kapitalisten, reaktionäre Gewerkschaftsspitzen und SPD-Regierung festzuhalten, hat sich als die richtige Massenlinie erwiesen.
Die versammelten Genossen und Kollegen billigten einmütig die Haltung des 1.Maikomitees, der Spaltungspolitik der SEW Widerstand zu leisten, vor dem überlegenen Prapagandaapparat der Revisionisten, vor dem Einsatz ihrer finanziellen Mittel nicht zu kapitulieren, vielmehr der eigenen Kraft zu vertrauen und mit Unterstützung der Kommunisten den Kampf zu führen.
Die Veranstaltung war ein großer Schritt nach vorn für die Stärkung der oppositionellen Kräfte innerhalb der Gewerkschaften. Die anwesenden Kollegen zeigten durch ihre Unterstützung, durch Zurufe und Diskussionsbeiträge, durch eine sehr erfolgreiche Spendenaktion, daß sie entschlossen sind, den zähen organisatorischen Kampf in den Gewerkschaften auf der Grundlage der betrieblichen Einheitsfrontprogramme auch nach dem 1.Mai fortzusetzen. Dies war das eine wichtige Ergebnis der Massenveranstaltung.
Das zweite Ergebnis: Das westberliner Maikomitee ist in seinem Kampf nicht isoliert. Festgefügte Gruppen fortschrittlicher Gewerkschafter in Westdeutschland kämpfen auf der gleichen politischen Grundlage.



FORTSETZUNG VON S.3

Kollegen im Bergbau auf die Straße gesetzt wurden? Nein! Geholfen hat die Mitbestimmung nur den Unternehmern, denn unter Duldung der Gewerkschaftsführer im Aufsichtsrat kaufen sich die Großaktionäre der Ruhrkohle AG - die westdeutschen Stahlwerke - jede Tonne fast 2o DM unter Weltmarktpreisen.

Kollegen, was lehrt uns die Entwicklung der Unterhaltungselektronik bei AEG? Zweierlei.

Erstens: Der schon im vorigen Jahr systematisch begonnene Abbau des Bereichs ist kein Planungsfehler. Er liegt nicht nur in der arbeiterfeindlichen Haltung der Firmenbosse begründet - sondern im Profitmechanismus der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt. Also: gegen diese Maßnahmen hilft Mitbestimmung genau so wenig wie ein verbessertes Management. Es hilft nur der einheitliche Abwehrkampf der gewerkschaftlich organisierten wie unorganisierten Kollegen.

Zweitens: Dieser Abwehrkampf muß notwendig auf bestimmte Schranken stoßen. Die großen Konzerne sind heute international organisiert.

Das Beispiel Unterhaltungselektronik der AEG-Telefunken zeigt: der Abwehrkampf der Arbeiterklasse eines Landes hat Erfolgsaussichten nur bis zu einem gewissen Grade. Gegen die Arbeiterklasse des einen hochindustrialisierten Landes, die sich gegen Stillegungen und damit verbundene Arbeitslosigkeit zur Wehr setzt, entworten die Kapitalisten mit Hohn: "Dann lassen wir erst recht in den Ländern arbeiten, in denen die Löhne niedriger sind, wo jeglicher Widerstand der Arbeiter auf brutalste Weise sofort niedergeschlagen wird.

Gegen die internationale Organisation des Kapitals hilft nur die internationale Organisation der arbeittenden Massen. Darum:

FÜR DIE EINHEIT DER INTERNATIONALEN ARBEITERBEWEGUNG IM KAMPF GEGEN KAPITALISMUS UND IMPERIALISMUS !

ARBEITERKORRESPONDENZ AUS DER KWU

20 Duschen für 2 000 Kollegen !

In der Ausgabe der Kommunistischen Arbeiterpresse zum 1. Mai steht: Wir fordern ausreichenden Unfall- und Gesundheitsschutz! Dazu gehört auch, daß wir genug Brausen haben müssen!

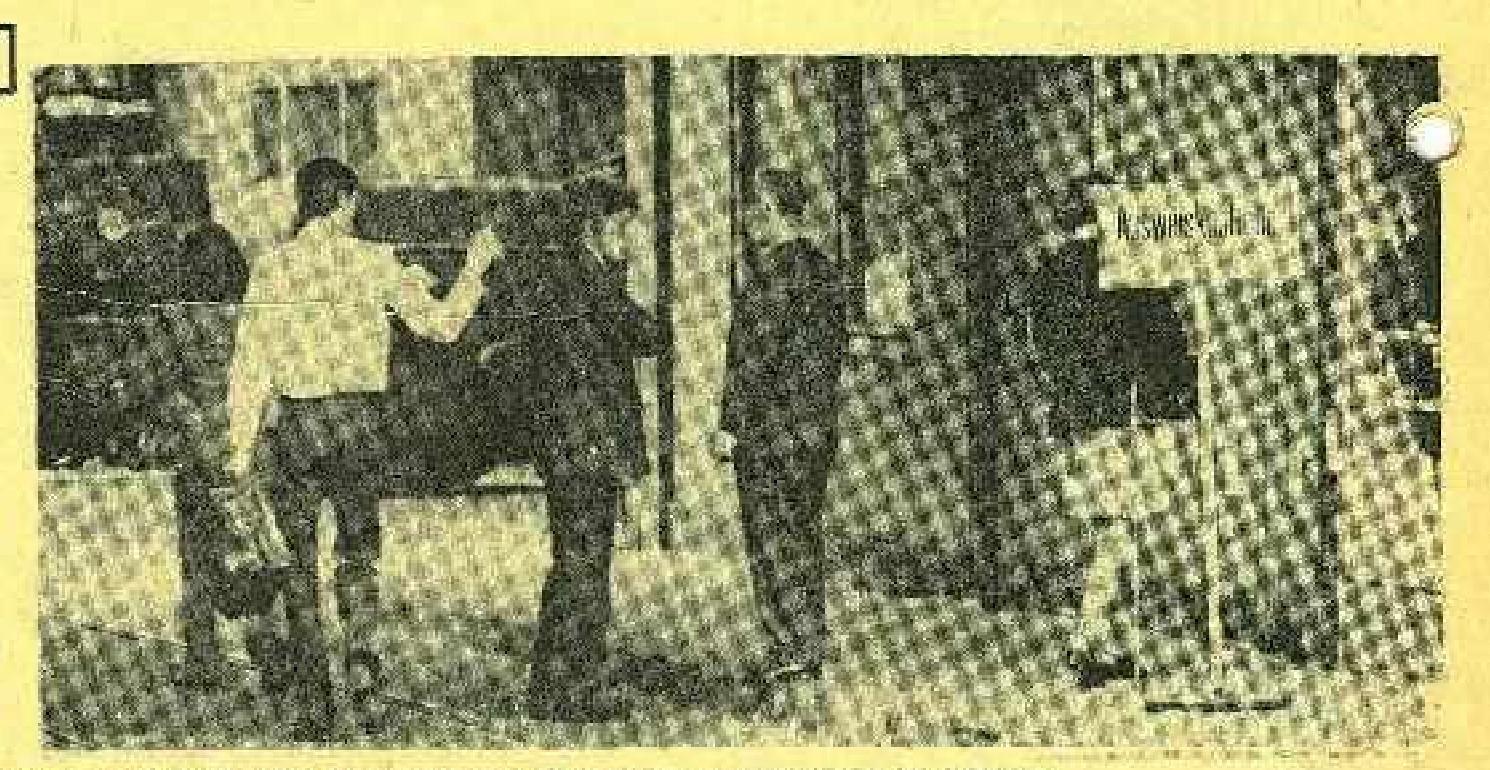
Denn ich muß mich jeden Tag zum Feierabend in den Waschräumen mit 4-5 Kollegen unter einer Dusche drängen. Selbst der Betriebsrat hat auf der letzten Versammlung gesagt, daß 20 Duschen für 2.000 Kollegen zuwenig sind. Aber dabei bleibt er auch stehen. Er tut nichts, um die Einrichtung von mehr Duschen auch durchzusetzen. Kein Wunder, die meisten von ihnen machen sich ja auch nicht schmutzig!

Unser Vertrauensmann will auch nichts tun, weil er schon seit Jahren keine Punkte mehr bekommen hat, wie er sagt. Die Firmenleitung kontrolliert zwar genau, ob einer 5 Minuten zu spät kommt oder nach der Nachmittagsschicht 10 Minuten früher umziehen geht, aber es ist ihr völlig egal, wieviel Zeit wir von unserem Feierabend durch das Anstehen unter den Brausen verlieren.

Geld wird nur dort ausgegeben, wo man an uns verdienen kann, deshalb gibt es auch keinen ausreichenden Gesundheitsschutz und keinen richtigen Unfallschutz. Nicht erst im nächsten Jahr, sondern noch in diesem Sommer brauchen wir:

mindestens 20 neue Duschen und Toiletten neben den Garderoben.

AUSWEISKONTROLLE



Seit Jahren ging es ohne Ausweise. Plötzlich müssen sich die Pförtner von Kollegen, die sie schon seit vielen Jahren kennen, den Werksausweis vorzeigen lassen!

Die Ausweiskontrolle ist nichts als ein Mittel zu unserer Einschüchterung. Die ständigen Kontrollen zum jetzigen Zeitpunkt sollen die Voraussetzungen schaffen, um im Falle eines neuerlichen Ausstandes die Kollegen, die, wie zur Tarifrunde, ihre Forderungen auf der Straße demonstrieren, feststellen und bestrafen zu können.

Einige von den Pförtnern haben das erkannt und kontrollieren wenig, andere von ihnen regen sich lediglich über den Fotografen auf, der dafür sorgt, daß diese Unverschämtheit der Firmenleitung öffentlich wird.

Wir fordern: SOFORTIGE ABSCHAFFUNG DER AUSWEISKONTROLLE !

DIE STABILITÄTSPOLITIK DER SPD- FPD-REGIERUNG:
Ein Angriff auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse

Am 9.5. erhielt der BRD-Wirtschaftsminister Schiller von der EWG-Kommission in Brüssel die Erlaubnis, die Wechselkurse der DM freizugeben. Das heißt: von jetzt an soll die DM durch Angebot und Nachfrage reguliert werden. Unter den gegenwärtigen Bedingungen, wo sich über 66 Milliarden Dollar in der Bundesrepublik angesammelt haben, die umgetauscht werden sollen, bedeutet das: Die Nachfrage nach DM ist größer als das Angebot, also steigt der Kurs der DM im Verhältnis zum Dollar.

Die jetzige Währungskrise ist Ausdruck einer verschärften Konkurrenz der imperialistischen Länder untereinander, besonders zwischen den USA und der Bundesrepublik.

WAS IST DIE VORGESCHICHTE DER WELT–WÄHRUNGSKRISE?

1. Die Krise der US-Wirtschaft

Seit Jahren schon kriselt es in der amerikanischen Wirtschaft. Und seit Jahren wird immer das gleiche Mittel zur Abwehr der Krise der US-Wirtschaft benutzt:

Ausweitung der imperialistischen Aggression, insbesondere des Kriegs in Indochina.

Denn es sind hauptsächlich die amerikanischen Rüstungsindustriellen und die mit ihnen verbundenen Schwerindustriellen, die vor einer Krise Furcht haben. Sie wären am stärksten von einer Krise betroffen und haben infolgedessen großes Interesse an der Ausweitung der Kriege. Krieg ist ihr Geschäft, Krieg bedeutet für sie:

- Verschleiß von Panzern, Waffen und anderen Maschinen, also die Möglichkeit, immer wieder neue zu verkaufen;
- gesicherter Absatzmarkt und gesicherte Preise, denn der Staat bezahlt – aus Steuergeldern, die zum größten Teil aus den Steuern der Werktätigen stammen;
- also: gesicherte Profite, und darauf kommt es ihnen schließlich an.

Eine gewisse Zeit lang kann eine solche Politik gut gehen, auf die Dauer jedoch nicht:

Die Kosten des Vietnamkriegs wuchsen und wuchsen, bis schließlich der US-Haushalt zu klein war. Die Staatseinnahmen reichten nicht mehr aus, um die geplanten Ausgaben zu finanzieren. Um dieses Loch im Staatshaushalt zu stopfen, wurden Kredite bei ausländischen Banken aufgenommen. Da aber die US-Wirtschaft schon seit 1968 nur noch sehr langsam und seit Mitte 1970 gar nicht mehr wuchs, die Arbeitslosigkeit stieg (bis auf 5,1 Mill.), sanken natürlich die Steuereinnahmen immer noch weiter. Das Defizit wurde ständig größer und ebenso die Auslandsschulden.

Wie aber sollten diese Schulden bezahlt werden?
Ganz einfach! Die US-Regierung setzte die Notenpresse in Gang, druckte mehr Dollas und exportierte diese als 'Bezahlung' ihrer Schulden nach Europa. Diese Dollars flossen teils direkt, teils auf Umwegen in die BRD, so daß die Devisenreserven der Bundesbank in Dollar auf 66 Milliarden Dollar anschwollen.

Die US-amerikanischen Monopole und ihr Staat versuchten ihre Dollars besonders deshalb in die Bundesrepublik zu schleusen und hier gewinnbringend anzulegen,

- **weil die arbeiterfeindliche SPD/FDP-Regierung sich als Garant dafür anbietet, daß auch in der Zukunft durch die Politik der 'Sozialpartnerschaft' Streiks verhindert werden, die die bisherigen Riesengewinne ausländischer Kapitalanlagen schmälern könnten,**
- **weil die BRD eines der Länder ist, in denen es bisher nicht so ausgeprägte Krisen gegeben hat und in denen die Organisationen der Arbeiterklasse nicht so kämpferisch sind, wie zum Beispiel in Italien oder Frankreich.**

2. Die Krise in der westdeutschen Wirtschaft

Schon seit geraumer Zeit versucht die SPD/FDP-Regierung, die sich anbahnende Krise zu verhindern. Diese Krise des westdeutschen Monopolkapitals ist allein das Ergebnis der Anarchie der kapitalistischen Produktion, der unersättlichen Gier der Monopole nach mehr und noch mehr Profit. Aus diesem Grunde machen sie immer neue Investitionen, nehmen Kredite auf, um noch größere Investitionen zu machen usw., bis sie schließlich an den Punkt kommen, wo sich herausstellt, daß die Gewinne doch nicht so groß waren und deshalb die Kredite nicht mehr zurückgezahlt werden können.

Diesem Mechanismus versuchte die SPD/FDP-Regierung beizukommen, indem sie die Zinsen für Kredite erhöhte, also das Schuldenmachen verteuerte, um so die maßlosen Investitionen zu bremsen. Ihre zweite Maßnahme war, einen Konjunkturzuschlag auf die Lohnsteuer zu erheben. Die daraus als zusätzliche Mittel zur Verfügung stehenden Gelder (fast 10 Milliarden DM) sollen dazu verwendet werden, den Konzernen, denen es besonders schlecht geht, aus der Patsche zu helfen.

Aus diesem Plan konnte jedoch nichts werden, denn er tastete das Profitprinzip nicht an – die Ursache der Krisen. Die westdeutschen Monopole umgingen einfach die Zinserhöhungen der deutschen Banken, indem sie billige ausländische Kredite aufnahmen: eben diese Dollars, die jetzt in so großen Mengen in der Bundesrepublik vorhanden sind. Der Konjunkturboom ging weiter, und die Gefahr einer Krise verschärfte sich weiter.

DAS EINZIGE, WAS DER SPD TATSÄCHLICH GELUNGEN IST: SENKUNG DER LÖHNE DER ARBEITER

Brandt, Schiller und Co. sagen: Die Freigabe der Wechselkurse wird zur Stabilisierung der westdeutschen Wirtschaft führen und den Preisauftrieb einschränken, sie wird die Krise verhindern. Sie loben ihre Handlungsfähigkeit und klopfen sich anerkennend auf die Schulter.

WEM NUTZT ABER DIE FAKTISCHE AUFWERTUNG DER DM WIRKLICH?

- Sie nützt den Spekulanten, die vor der Aufwertung die DM billig gekauft haben und sie nach der Aufwertung teurer verkaufen können.
- Sie nützt langfristig den westdeutschen Monopolen, die jetzt mit einer wertvolleren DM besser noch als bisher ihr Kapital ins Ausland schaffen können, in Länder wie Spanien, Griechenland, Türkei, Portugal usw., wo die Löhne niedrig und die Profite hoch sind. Es ist mehr als lächerlich, wenn jetzt die Industriellen jammern, sie könnten ihre Waren, die nach der Aufwertung der DM im Ausland teurer werden, nicht mehr ab-

setzen und würden große Gewinneinbußen erleiden. Denn: SEIT LANGEM SCHON MACHEN KONZERNE WIE SIEMENS, AEG, BASF, MANNESMANN, HOECHST UND SCHERING IHRE GRÖSSTEN PROFITE MIT IHREN WERKEN IM AUSLAND!

Die Aufwertung nützt dem westdeutschen Monopolkapital, weil sie seine Chancen verbessert, als imperialistische Großmacht die kolonialen Länder auszubeuten und die anderen Konkurrenten wie Frankreich, England und die USA aus dem Felde zu schlagen.

WAS ABER BRINGT EINE SOLCHE POLITIK FÜR DIE ARBEITERKLASSE?

- Weil sich für die Kapitalisten die Chancen verbessern, neue Produktionsanlagen im Ausland aufzubauen, werden die Arbeitsplätze noch mehr gefährdet als bisher.
- Wenn jetzt sowohl von der SPD/FDP-Regierung, wie von den Unternehmern die Stabilität der Wirtschaft beschworen wird, so meinen sie nichts weiter, als daß die Lohnerhöhungen in der Tarifrunde möglichst klein bleiben sollen. Ja, der Chef des Bundes Deutscher Industrieller (BDI). Berg redet davon, daß die Lohnerhöhungen noch unter der sowieso schon viel zu niedrigen 7%-Linie bleiben sollen, die Schiller vorgeschlagen hat.

  Ministerialdirektor Prof. Hankel, Schillers Steuerberater, sagte sehr deutlich, was die Aufwertung in diesem Zusammenhang bedeutet: 'Die Freigabe des Wechselkurses ist in erster Linie als eine Maßnahme zu sehen, die die Unternehmer bei der Ablehnung überhöhter Lohnforderungen unterstützen soll.'
- Das Versprechen, daß durch eine DM-Aufwertung die eingeführten Waren billiger werden, ist hohles Geschwätz.

  Schon bei der DM-Aufwertung 1969 hat sich gezeigt, daß die Importeure ausländischer Waren (z.B. Autos) die Preise im gleichen Maße erhöhten, wie sie durch die DM-Aufwertung verbilligt worden wären.

  Insbesondere die landwirtschaftlichen Produkte werden eher teurer als billiger werden: Aufgrund der EWG-Absprachen werden auf die billiger importierten landwirtschaftlichen Produkte des Auslandes besondere Steuern erhoben. Reichen diese jedoch nicht aus, um die sinkenden Gewinne der deutschen Bauern, die durch die verschlechterten Exportbedingungen entstehen, auszugleichen, so gibt es nur zwei Möglichkeiten:

  entweder der Staat zahlt den Verlust, das bedeutet höhere Steuern,

  oder die Preise für Agrarprodukte werden sich weiter erhöhen.

Diese angebliche 'Stabilitäts'politik bedeutet also: Stabile Profite für die Monopole und weiteren Lohnabbau und wachsende Unsicherheit der Arbeitsplätze für die Arbeiterklasse!

DIE ANTWORT DER DGB-FÜHRUNG: MASSHALTEN!

Die Gewerkschaftsführung nimmt das Geschrei nach Stabilität zum Vorwand, um sich wieder mit den Unternehmern an einen Tisch zu setzen:

Am 12.5. erklärte die DGB-Führung sich zu einem Spitzengespräch mit den Arbeitgebern bereit. Das Ziel dieses Spitzengesprächs wurde von Arbeitgeber-Präsident Otto A. Friedrich deutlich ausgedrückt: Das Treffen soll zu einer Aufklärung der Öffentlichkeit darüber dienen, daß Maßhalten in der Lohnpolitik geboten ist.

Den Gewerkschaftsführern fällt dabei die Aufgabe zu, bei den Arbeitern für Einsicht und Verständnis zu werben. Mit ihrer Bereitschaft zu diesem Gespräch hat die Gewerkschaftsführung wiederum gezeigt, daß ihre Lohnpolitik den Profitinteressen der Kapitalisten dient. Sie schließt sich der Regierung und den Kapitalisten an, die an die Vernunft der "Sozialpartner" appellieren und damit meinen, daß die Arbeiter Lohnerhöhungen hinnehmen sollen, die nicht einmal die gestiegenen Lebenshaltungskosten decken.

Ein Beispiel für die Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführung hat in der jüngsten Zeit ÖTV-Kluncker geliefert: Er forderte 15 % und gab sich dann mit 7 % zufrieden, genau wie es die Lohnleitlinien vorsehen.

Kollegen, weil es klar ist, daß die Gewerkschaftsführung nicht unsere Interessen vertritt, sondern mit den Kapitalisten paktiert:

DIE GESCHLOSSENE FRONT DER ARBEITERKLASSE GEGEN DIE ARBEITERFEINDLICHE POLITIK VON SPD- UND DGB-FÜHRUNG!

FASCHISTENTREFFEN VERHINDERT!

Am Freitag, dem 14.Mai 1971, beabsichtigten mehrere der fünfzig westberliner faschistischen Gruppen und Organisationen angeführt vom sogenannten "Bund heimattreuer Jugend" und der faschistischen Sammelbewegung "Aktion Widerstand" in den Kindl-Festsälen in der Hermannstraße eine rassistische Hetzversammlung gegen die ausländischen Kollegen durchzuführen.

Auf Initiative der KPD-Aufbauorganisation versammelten sich mehrere hundert Kommunisten und Antifaschisten vor den Eingängen, um diese Provokation zu verhindern.

Obwohl die Faschisten mit Stahlruten bewaffnet waren, wurden sie durch die geschlossene Front der Antifaschisten gezwungen, sich zurückzuziehen. In ohnmächtiger Wut vergriffen sie sich an einzelnenabseitsstehenden Passanten. Mit Empörung registrierte die Neuköllner Bevölkerung die heimtückischen Übergriffe der Faschisten.

Der Tatsache, daß der Westberliner Senat diese faschistische Hetzveranstaltung duldete, entsprach der brutale Schlagstockeinsatz der Neubauer-Polizei, die vom Senat zum Schutz der Veranstaltung bestellt war. Die wiederholten Attacken der Polizei forderten mehrere Verletzte.

Immer wieder riefen die Antifaschisten 'Aktion Widerstand und die Polizei Hand in Hand!' 'Kapitalismus führt zum Faschismus — Arbeitereinheit bricht den Faschismus!' und 'Tod dem Faschismus!'.

Trotz Aufforderung verweigerte der Parteivorstand der SEW jegliche Teilnahme an dieser antifaschistischen Aktion. Die SEW-Führung fällt den antifaschistischen Kräften in dem Augenblick in den Rücken, wenn es gilt, den antifaschistischen Kampf gemeinsam mit revolutionären Organisationen zu führen.